

Frieden schaffen können wir nur selbst!



Foto: shutterstock_servickuz

Die Welt steht am Abgrund eines drohenden großen Krieges – eines Weltkriegs. Der Kampf der beiden Blöcke – USA/NATO gegen China/Russland – um die Vorherrschaft in der Welt hat sich dramatisch verschärft:

- Mit Russlands Angriff auf die Ukraine,
- mit dem westlichen Anheizen dieses Krieges und
- mit den amerikanischen Provokationen um Taiwan.

Die Lage ist so brandgefährlich, dass der Ex-US-Präsident Donald Trump Anfang Oktober gesagt hat: „Wir müssen die sofortigen Verhandlungen über ein friedliches Ende des Krieges in der Ukraine fordern, sonst landen wir im Dritten Weltkrieg und es wird nichts mehr von unserem Planeten übrigbleiben.“

Wenn selbst ein Trump das begreift, dann müsste eine Frau Baerbock das doch auch begreifen können. Denn die Gefahr eines Atomkriegs ist hier in Europa und auch hier in Deutschland viel größer als in den USA. Sie ist mit Händen greifbar!

Aber was macht diese Bundesregierung?

Verhandelt sie? Vermittelt sie? Nein! Sie stellt sich bedingungslos an die Seite der USA. Sie dreht mit an der Eskalationschraube die zum Weltkrieg führen kann:

- deutsche Waffen in die Ukraine,
- deutsche Soldaten an die Grenze zu Russland,
- deutsche Kriegsschiffe und Bomber vor die Tore Chinas,
- 100 Milliarden Euro Aufrüstungsprogramm.

Damit macht sie unser Land zum Mittäter und zugleich zum Schlachtfeld des drohenden Krieges. Gleichzeitig treibt sie mit dem Wirtschaftskrieg gegen Russland und den dadurch immer weiter steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen die Menschen auch hierzulande massenhaft in den Ruin.

Um Frieden in der Welt zu stiften...

... und Frieden für unser Land zu erhalten, müsste sie aber das Gegenteil tun:

- Deutschland muss raus aus dem Kriegsbandnis mit den USA - raus aus der NATO.
- Deutschland muss neutral sein! Wir brauchen Abrüstung bis auf Selbstverteidigungsniveau.
- Schluss mit dem Wirtschaftskrieg gegen Russland!
- Wir brauchen eine aktive Friedenspolitik, die allen Völkern die Hand für Frieden, Freundschaft und gegenseitigen Handel reicht.

Schicksal in die eigenen Hände nehmen!

Eine solche Friedenspolitik, die an den Interessen der überwältigenden Mehrheit orientiert ist, kann und will diese Bundesregierung aber offenbar nicht.

Wir werden ihr deshalb jeden der notwendigen Schritte in Richtung Frieden und Verteidigung unserer Grund- und Lebensbedürfnisse abringen müssen. Nehmen wir unser Schicksal in die eigenen Hände! Schaffen wir eine breite überparteiliche Antikriegsbewegung! ■



Liebe Leserin, lieber Leser!

Im Hamburger Stahlwerk von ArcelorMittal ist seit Anfang September der Ofen aus. Der größte Gas- und Stromverbraucher der Stadt hat alle Beschäftigten in Kurzarbeit geschickt. Die Eskalation im Ukrainekrieg führt zu einer dramatischen Energiekrise auch bei uns - und zur Frage, ob sich Unternehmen mit so hohem Energiebedarf hier überhaupt jemals wieder lohnen. „Wir kämpfen ums Überleben“, heißt es aus der Handwerkskammer mit Blick auf kleine und mittlere Betriebe.

Die Sorgen der Unternehmer sind für uns Kommunistinnen und Kommunisten kein Grund für Mitleid. Aber mit dem Konkurs oder dem Abwandern von Betrieben verlieren die Beschäftigten ihren Arbeitsplatz.

Die Inflation treibt Millionen Menschen in die Armut.

Die großen Konzerne jedoch verlegen Produktion in Billiglohn- und Billigenergieländer. Ihren Eigentümern, den Piechs und Porsches, den Klattens und Quandts, ist es egal, wo der Profit herkommt. Der Bäcker oder Friseur, der Maurermeister oder wer sonst noch an seinen Standort gebunden ist, meldet Insolvenz an.

So könnte der Kriegskurs der Regierung in eine Deindustrialisierung Deutschlands führen - während etwa die USA als Produktionsstandort mit vergleichsweise billigem Gas gewinnen. Ist America First jetzt das Ziel?

Offenbar versprechen sich die Monopolbourgeoisie und ihre Regierung von dieser Politik größere Chancen zur Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskräften. Die Folgen für die breite Masse der Bevölkerung, für die Lohnabhängigen und kleinen Selbständigen, sind ihnen egal. Nur wenn wir uns in einer gemeinsamen Massenbewegung dagegen wehren, wird diese Politik zu stoppen sein. ■



Wessen Krise ist die Krise?

Seit fast drei Jahren wird bei uns über immer neue Krisen geklagt. Erst die drohende allgemeine Wirtschaftskrise, dann Corona mit der Unterbrechung der Lieferketten, jetzt die mit dem Wirtschaftskrieg gegen Russland ausgelöste Energiekrise und die Aussicht auf eine Vertiefung der allgemeinen Wirtschaftskrise.

Aber wessen Krisen sind das? Rezessionen sind Teil des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Weltweite Lieferketten haben die Kapitalisten aufgebaut, weil sie damit den größten Profit machen konnten. Den Wirtschaftskrieg gegen Russland haben das Monopolkapital und seine Regierung angezettelt, weil sie sich davon geopolitische Vorteile versprechen. Bei keiner dieser Entscheidungen sind die arbeitenden Menschen gefragt worden.



Nur die Kosten, die daraus entstehen, sollen sie tragen.

Dazu wird die Mär entwickelt, "Deutschland" - also wir alle - seien unverschuldet in diese Krisen hineingeraten und müssten deshalb - Unternehmer, Beschäftigte und Staat - die Kosten gemeinsam schultern. Dazu wurde von der Regierung die "konzertierte Aktion" wiederbelebt. In den Tarifverhandlungen werden von den Gewerkschaften "moderate" Forderungen, also Lohnverzicht, gefordert. Schon jetzt leiden die abhängig Beschäftigten unter den hohen Preisen, die den Wert ihrer Einkommen und Rücklagen drastisch verringert haben. Das soll nun auch tariflich festgeschrieben werden.

Bei Tarifverhandlungen geht es im Ka-

pitalismus schlicht darum, wie die von den Arbeitenden neu geschaffenen Werte auf die Löhne der Arbeitenden und auf die Profite der Unternehmer verteilt werden sollen. Die alte, bewährte Formel für die Forderung in Tarifverhandlungen lautet: Inflationsausgleich + Produktivitätszuwachs + Nachholbedarf aus früheren Jahren. Aktuell bedeutet das: 10 Prozent + 1 Prozent + 4 Prozent = 15 Prozent - und zwar für 12 Monate. Wieviel man davon durchsetzen kann, hängt allerdings davon ab, wieviel Kraft man in diesem Kampf entwickeln kann.

Eine entscheidende Rolle spielen dabei die Gewerkschaften, die größte Organisation der Arbeiterklasse.

Weiter auf Seite 3

Ihre Aufgabe ist es, die Arbeitskraft der Lohnabhängigen möglichst gut zu verkaufen und Verschlechterung der Lebensbedingungen gemeinsam und solidarisch mit allen Beschäftigten abzuwehren. Da ist es wenig hilfreich, sich in die Taktik von Kapital und Regierung einbinden zu lassen.

So verabschiedete zum Beispiel der Beirat der IGBCE eine Erklärung zum Krieg in der Ukraine, in dem zwar völlig richtig Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung und den dortigen Gewerkschaften geübt wird. Warum aber nicht mit den Töchtern und Söhnen der russischen Arbeiterklasse, die auch nicht in diesem Krieg verrecken wollen? Warum wurde die ukrainische Regierung nicht aufgefordert, die Enteignung des Vermögens und der Immobilien der Gewerkschaft und die nahezu vollständige Beseitigung der Arbeitnehmerrechte rückgängig zu machen? Wäre das nicht auch ein gutes und beruhigendes Signal in die Betriebe der BRD gewesen, wo eben auch russisch- und ukrainischstämmige Menschen zusammen an den Maschinen stehen? Lässt man sich auf die Politik von Regierung und Kapital ein, hat man nicht mehr die Kraft für einen entschlossenen Kampf für die Lebensinteressen der Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter.

Das Ergebnis sieht man in dem von der IGBCE abgeschlossenen Tarifvertrag. Ohne Arbeitskampf wurde für 20 Monate eine Tariferhöhung von 6,5 Prozent und eine Einmalzahlung von 3.000 Euro vereinbart. Was auf 12 Monate gerechnet knapp 4 Prozent + 150 Euro pro Monat bedeutet. Einen ähnlichen Tarif hat jetzt die IG Metall für die nächsten zwei Jahre abgeschlossen: durchschnittlich 4,2 Prozent pro Jahr + 125 Euro pro Monat. Wobei die Einmalzahlung danach wieder wegfällt. Das ist meilenweit auch nur von einem Inflationsausgleich entfernt. An einer Teilhabe am Produktivitätsfortschritt kann keine Rede sein. Den stecken sich die Unternehmer ein.

Wie man es anders machen kann, haben die Hafentarbeiter in Hamburg gezeigt. Sie haben eine Tariferhöhung von 9,4 Prozent erkämpft und im zweiten Jahr



noch einmal 4,4 Prozent, die aber erhöht werden, wenn die Inflation darüber liegt. Das ist zwar auch nur ein Inflationsausgleich und der Rest geht an die Unternehmer. Aber auch das war nur durch Streik - also durch die Einbeziehung möglichst vieler Kolleginnen und Kollegen - möglich und gegen die gesamte Mainstreampresse und sogar gegen die Staatsgewalt. Wann hat es das schon gegeben, dass Polizei gegen die vor dem Gewerkschaftshaus demonstrierenden Hafentarbeiter eingesetzt wurde? Der ver.di-Vorsitzende hat angekündigt, bei den kommenden Tarifverhandlungen ähnlich konsequent wie im Hafen vorzugehen. Für den Öffentlichen Dienst fordert ver.di 10,5 Prozent mehr Lohn, bei der Post 15 Prozent. Jetzt müssen nur noch die Kolleginnen und Kollegen mobilisiert werden.

Glaubt man den sozialen Medien, dann gibt es nicht wenig Unmut in der Chemieindustrie und auch schon jetzt bei den Metallern. Austrittsbekundungen sind allerdings ganz sicher nicht der richtige Weg.

Vielmehr müssen wir gemeinsam kämpfen und in unseren Gewerkschaften dafür werben, dass sie nicht mehr den Gleichschritt mit Staat und Kapital üben dürfen. Die Aufgabe aller fortschrittlichen Kräfte muss es sein, in den Gewerkschaften für die Teilnahme an den sozialen Protesten gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Werktätigen und die Ablehnung der Sanktionen zu streiten und möglichst viele Kolleginnen und Kollegen in die Lohnkämpfe einzubeziehen.

Sozialpartnerschaft funktioniert nicht und macht uns arm. Die Beschäftigten bei Galeria/Kaufhof erfahren gerade aufs Bitterste, dass Lohnverzicht und Abschlüsse weit unter dem Flächentarifvertrag im Austausch gegen leere Versprechungen nicht das Papier wert sind, auf dem sie stehen, und die Gier der Kapitalisten keine Grenzen kennt. ■



Klaus-Michael Kühne

Das hanseatische Gesicht des Monopolkapitalismus

Alles wird teurer, fast für alle: Familien fürchten, ob sie sich das Heizen noch leisten können. Industriebetriebe fahren die Produktion herunter, um das teure Gas zu sparen. Manche Handwerker und Händler geben ganz auf. Große Autokonzerne betteln um fehlende Teile aus ihren globalen Lieferketten

Kennt diese Krise nur Verlierer? Natürlich nicht. Mögen auch Kapitalisten leiden, sorgt das monopolkapitalistische System doch für eines: An der Spitze wird es noch fetter, da wird auch innerhalb der Klasse nach oben umverteilt.

Ein Vorzeige-Gewinner ist Klaus-Michael Kühne, der in diesem Jahr zum ersten Mal zum reichsten Deutschen auf der Milliardärs-Rangliste von „Bloomberg“ aufgestiegen ist. Seit Beginn der Corona-Krise ist Kühnes Vermögen geradezu explodiert.

Allein die Dividende, die er als Großaktionär für seinen Anteil am Gewinn der Schiffsreederei Hapag-Lloyd für 2021 erhielt, belief sich auf 1,9 Milliarden Euro. So viel Geld hat noch nie ein Mensch in Deutschland auf einen Schlag eingestrichen. Da hat sich der Einstieg bei Hapag-Lloyd 2008, damals in der Weltfinanzkrise als „Retter“ vor einem Verkauf nach Asien mit Hilfe der Stadt Hamburg, für Kühne mehr als ausgezahlt.

Und warum hat Hapag-Lloyd so viel Gewinn zu verteilen? Weil das Unternehmen von den gestiegenen Frachtraten in der Containerschifffahrt profitiert. All das, was die Wirtschaft insgesamt belastet und die Inflation treibt - wegen Corona gesperrte Häfen, Engpässe in der Logistik, Warten auf knappe Teile - steht für die Reederei auf der Gewinn-

Ein großzügiger Gönner? Alles andere als das. Immer geht es dem Milliardär auch um seine eigene Macht und Einfluss. Manchmal merkt die Stadt nicht einmal, wie sie sich ihm untertan macht.

Verrückt eigentlich, dass der gebürtige Hamburger Kühne überhaupt als Hanseat durchgeht. Schon vor mehr als 50 Jahren hat er den Firmensitz von Kühne + Nagel in die Schweiz verlegt, sein privater Wohnsitz folgte wenig später. Ganz klar: Kühne ist ein Steuerflüchtling. Er dürfe in seinem Hotel nicht mehrfach im selben Zimmer absteigen, sagte Kühne einmal halb im Scherz, sonst würde er in Hamburg steuer-



Foto© shutterstock- Tobias Arhelger

pflichtig. Und warum hat Hapag-Lloyd so viel Gewinn zu verteilen? Weil das Unternehmen von den gestiegenen Frachtraten in der Containerschifffahrt profitiert. All das, was die Wirtschaft insgesamt belastet und die Inflation treibt - wegen Corona gesperrte Häfen, Engpässe in der Logistik, Warten auf knappe Teile - steht für die Reederei auf der Gewinn-

Dank der Krise, muss man wohl sagen, konnte der Multimilliardär als größter Aktionär bei der Lufthansa einsteigen. Damit macht er sich nun daran, um seinen geerbten Speditionskonzern Kühne + Nagel herum ein Logistikmonopol zu bauen. Was seine Kühne-Stiftung von dem 85-Jährigen einmal erben wird, enthält eine ungeheure Preismacht.

Fast schon ein Hobby ist, finanziell gesehen, was Kühne in Hamburg einen Ruf als Mäzen eingebracht hat. Seine Kühne Logistics University, die Spenden für die Elbphilharmonie, das Hotel Fontenay an der Außenalster, die Pläne für eine neue Oper und natürlich „sein“ HSV.

pflichtig.

Kaum zu glauben, dass das Finanzamt hier besonders streng hinter ihm her wäre. Im September diskutierte die Bürgerschaft eine Initiative, die Tonnagesteuer zu senken, mit der Eigentümer von Containerschiffen in Deutschland fast steuerfrei davonkommen - was natürlich auch Hapag-Lloyd nutzt. Die Politiker fast aller Parteien winkten ab. Eine „Kapitulation vor Kühne und dem Kapital“, wie die „Mopo“ schrieb.

Kühne hat dieses System nicht erfunden. Und es wird nicht mit ihm verschwinden. Aber aktuell gibt er diesem System ein Gesicht. ■

**GESUNDHEIT ALS WARE?
DAS IST DOCH KRANK!**

KEINE PROFITE
MIT DER GESUNDHEIT!

DKP Hamburg

Weitere aktuelle Beiträge
unter www.hamburg.dkp.de

**BEZAHLBARE WOHNUNGEN
FÜR ALLE!**

KEIN PROFIT MIT
GRUNDBEDÜRFNISSEN!

DKP Hamburg

